

10 JAHRE «FIT IN DIE LEHRE» – Das Programm «Fit in die Lehre» der Wirtschaftskammer Baselland bereitet Schülerinnen und Schüler seit zehn Jahren auf den Berufsalltag vor.

«Ernst des Lebens fängt mit Bewerbung an»

Seit zehn Jahren besucht Urs Berger, Leiter Berufsbildung und stv. Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, mit seinem Team Schulklassen im Baselbiet. «Fit in die Lehre» bringt den Jugendlichen die Bedürfnisse der Wirtschaft näher.

Standpunkt: Was hat sich in den zehn Jahren verändert, seit Sie mit «Fit in die Lehre» in die Schulen gehen?

Urs Berger: Die schulischen Anforderungen an die Jugendlichen sind gestiegen, aber auch die Erwartungen an deren Persönlichkeit und Verhalten. Vor zehn Jahren hatten wir zu wenig Lehrstellen, heute ist es umgekehrt. Wir zeigen den Jugendlichen, dass neben dem gymnasialen Weg auch die duale Berufsbildung interessante Perspektiven öffnet. Sie sollten sich beide Wege anschauen.

Was wollen Sie mit «Fit in die Lehre» erreichen?

■ Wir tragen damit die Bedürfnisse der Wirtschaft in die Schulen. Wir



Urs Berger, stv. Direktor Wirtschaftskammer Baselland, Leiter Berufsbildung.

zeigen den Jugendlichen, wie sie sich beim Wechsel vom Schul- in den Berufsalltag mit Achtstundentagen verhalten sollen. Wir konfrontieren die Jugendlichen mit der Realität der Wirtschaft. Das machen die Lehrkräfte zwar auch, aber wir reden in einer etwas anderen Sprache. Weil wir aus der Praxis kommen, wirken wir glaubwürdiger. Wir nehmen deshalb immer auch Lernende und Ausbildungsverantwortliche mit, die aus ihrem Alltag berichten.

In welchen Bereichen sind Jugendliche oft nicht fit für die Lehre?

■ Viele wissen nicht, was die Wirtschaft von einer Bewerbung erwartet. Sie sind sich nicht bewusst, dass die Bewerbung der erste Punkt ist, an dem sie mit der Wirtschaft konfrontiert werden. Ein Unternehmen entscheidet auf Grund der Bewerbungsunterlagen. Sie sind darum wie eine persönliche Visitenkarte. Auch das Foto sagt einiges aus. Faxen machen im Automat oder seinen Kopf aus einem Gruppenfoto ausschneiden, das geht gar nicht. Wir zeigen an den Veranstaltungen positive und negative Beispiele von Bewerbungen. Dort kommen auch die meisten Fragen. Den Schülerinnen und Schülern fehlt zudem oft das Bewusstsein dafür, welche Berufe für sie aufgrund ihrer schulischen Noten in Frage kommen.

Machen sich Schülerinnen und Schüler manchmal auch falsche Vorstellungen vom Berufsleben?

■ Sie unterschätzen es vor allem. Bei der Bewerbung sind sie sich nicht

bewusst, dass sie damit zu einem Konkurrenzkampf antreten. Der Ernst des Lebens fängt mit der Bewerbung an.

Müssen Sie bei den Schulen um Besuchstermine bitten?

■ Im Gegenteil. Die Schulen fragen uns an. In Binningen-Bottmingen gehen wir schon seit zehn Jahren regelmässig hin. Es ist toll, dass die Schulen von unserem Angebot Gebrauch machen. Pro Jahr werden es so, inklusive der Elternabende, 20 bis 30 Veranstaltungen.

Interview Reto Anklin

NOCH TERMINE FREI

Lehrkräfte, die an einem Besuch von Urs Berger und seinem Team interessiert sind, melden sich bei der Abteilung Berufsbildung der Wirtschaftskammer Baselland.

Telefon: 061 927 65 34
E-Mail: fitindielehre@kmu.org

KMU-NETZWERK

Wirtschaftskammer sucht für sgv verantwortungsvolle Unternehmer.
Ein 1000er-Club für glaubwürdige Kampagnen

Abstimmungen werden heute je länger desto weniger aufgrund von Plakataktionen und mit Inseraten gewonnen. Immer wichtiger werden die klaren Aussagen von KMU-Unternehmerinnen und -Unternehmern. Ihre Glaubwürdigkeit ist gross. Ihre Argumente gegen wirtschaftsfeindliche Vorlagen werden gehört, sei es in ihren Betrieben, im Sportverein oder ganz allgemein in ihrem Umfeld.

Um noch schlagkräftiger zu werden, baut der Schweizerische Gewerbeverband sgv zusammen mit den kantonalen Gewerbeverbänden ein KMU-Netzwerk auf, den sogenannten 1000er-Club. Die Idee dahinter: Ein Netzwerk von KMU-Unternehmerinnen und -Unternehmern zu schaffen, die dem Angriff auf das Erfolgsmodell Schweiz entschlossen entgegenreten. Wer diesem Netzwerk beiträgt, erklärt sich damit einverstanden, dass sein oder ihr Bild in den Kommunikationskanälen des KMU-Netzwerks veröffentlicht wird. Dies zusammen mit einem persönlichen Statement zu aktuellen Themen. Weitergehende Verpflichtungen ergeben sich aus einer Mitgliedschaft keine.

Heikle Geschäfte in der Pipeline

Die kommenden für die KMU-Wirtschaft heiklen Vorlagen befinden sich bereits in der Pipeline. Es ist dies zum Beispiel die 1:12-Initiative, über die das Schweizer Stimmvolk am 24. November 2013 befinden wird. Die Initiative bedeutet einen massiven Eingriff in den flexiblen Arbeitsmarkt, sie untergräbt das bewährte System der Sozialpartnerschaft, bringt uns eine Lohnpolizei sowie massive Regulierungen, und sie führt zu hohen Ausfällen bei Steuern und Sozialversicherungen. Damit schwächt sie insgesamt den Wirtschaftsstandort Schweiz. Dasselbe gilt für die Mindestlohn-Initiative. Sie verlangt für alle einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde sowie Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlöhnen. Mit anderen Worten: Nicht die Sozialpartner sollen wie bisher die Löhne partnerschaftlich festlegen, sondern der Staat soll sie von oben diktieren. Die Folgen sind absehbar: ein weniger flexibler Arbeitsmarkt, höhere Kosten, mehr Arbeitslose.

Voraussichtlich 2015 wird über die Einführung der Erbschaftssteuer auf Bundesebene abgestimmt. Diese gefährdet die Nachfolgeregelung bei KMU fahrlässig und ist ein massiver Angriff auf die kantonale Steuersouveränität. Es ist zu befürchten, dass auch dies besonders die KMU-Unternehmen trifft, denn sie sind in der Regel ortsgelunden und können nicht einfach ihren Standort ins Ausland verlegen, wenn sich in der Schweiz die Rahmenbedingungen verschlechtern. Ebenfalls nicht unterschätzt werden dürfen die Volksbegehren gegen die Personenfreizügigkeit: die Ecopop- und die Masseneinwanderungsinitiative. Erstere verlangt, dass die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz im dreijährigen Schnitt um nicht mehr als 0,2 Prozent wachsen darf. Letztere will die Einwanderung durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzen.

Anmeldung via Wirtschaftskammer

Wer sich als KMU-Unternehmer bei diesen und anderen fürs Gewerbe relevanten Vorlagen im Interesse der KMU-Wirtschaft engagieren möchte, kann via Wirtschaftskammer Baselland dem 1000er-Club beitreten. Nach einer kurzen Interessensbekundung via E-Mail erhalten die Interessentinnen und Interessenten Post aus dem Haus der Wirtschaft. Diese beinhaltet weitere Informationen sowie ein Beitrittsformular, auf dem angekreuzt werden kann, inwieweit man sich im KMU-Netzwerk engagieren möchte. Daniel Schindler

KONTAKT

Anmeldung an: m.meier@kmu.org

POLIT-KOLUMNE

Die Schweiz ist doch ein Sonderfall

Schon mal von der «Groupe d'Etats contre la Corruption», abgekürzt GRECO (ausgerechnet!), gehört? Nein? Diese Staaten-gruppe des Europarats hat in einem Länderbericht vom 21. Oktober 2011 der Schweiz empfohlen, «die Finanzierung der politischen Parteien und Wahlkampagnen gesetzlich zu regeln, um mehr Transparenz zu schaffen». Am 8. Juni 2012 beauftragte der Bundesrat Justizministerin Simonetta Sommaruga und Aussenminister Didier Burkhalter, mit einer Delegation der GRECO persönlich zu reden. Für einmal ist der Bundesrat vor einem europäischen Besserwisserclub nicht reumütig in Sündenpose verfallen. Das sei anerkennend festgehalten.

In der Schweiz fehlen tatsächlich auf Bundesebene und in fast allen Kantonen rechtliche Vorschriften über die Finanzierung von politischen Parteien und Wahlkampagnen. Dass das im Gegensatz zu den einschlägigen Bestimmungen des Ministerkomitees des Europarats steht, bedeutet noch lange nicht, dass es falsch oder gar verwerflich wäre. Was die GRECO-Spürnasen als «rechtliches Vakuum» beargwöhnen, ist hierzulande solide verankerte Politik und aktives Engagement der Stimmbürgerschaft. Die GRECO-Berichtersteller jedoch haben nichts davon verstanden. Sie glauben zu wissen, fehlende Transparenz über die Herkunft der Mittel für Wahlen und Abstimmungskampagnen beeinträchtigt die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe.

Konkret verlangte die GRECO, dass die politischen Parteien und die Wahlkandidaten eine vollständige Buchführung präsentieren und Informationen über Spenden veröffentlichen müssen, die einen bestimmten Betrag übersteigen. Anonyme Spenden sollten verboten werden. Diese Transparenzvorschriften müssten durch eine unabhängige Behörde überprüft und bei Verstössen sollten Strafen verhängt werden können. Die GRECO-Gesandten zeigten sich entrüstet: «Wenn es um die Finanzierung des politischen Geschehens geht, akzeptieren Schweizerinnen und Schweizer eher widerwillig den



Peter Amstutz, ehemaliger Leiter der Bundeshaus-Redaktion der «Basler Zeitung»

Begriff «Transparenz», doch im Grunde scheinen sie dem Begriff «Diskretion» den Vorzug zu geben.

Die Diskretion, die bei allen Geldfragen geübt wird, ist eindeutig eine der Komponenten des gesellschaftlichen Konsenses in der Schweiz. Nach der traditionellen Auffassung der Schweiz gehörten die politischen Parteien zum privaten Bereich, hat das GRECO-Gremium herausgefunden. Das sei «praktisch ein Einzelfall in Europa» und stehe im Gegensatz zur Empfehlung des Ministerkomitees des Europarats über gemeinsame Regelungen zur Bekämpfung der Korruption bei der Finanzierung von politischen Parteien und von Wahlkampagnen. Stimmt. Und dabei bleibt es am besten auch. Politisch engagieren kann man sich in der Schweiz auf allen Staatsebenen auf vielfältigste Weise – unter anderem mit der Brieftasche. Was daran falsch sein soll, bleibt unergründlich. Sommaruga und Burkhalter haben darum der GRECO-Delegation dargelegt, die Schweiz sei geprägt von Föderalismus und direkter Demokratie, und das politische Leben sowie die Finanzierung der Parteien seien in der Wahrnehmung der Bevölkerung eben gerade nicht

Obliegenheiten des Staates. Die private Verantwortung in diesem Bereich bringe es mit sich, dass sich die politischen Parteien hauptsächlich aus privaten Zuwendungen finanzierten. «Dieses private Engagement hat in der Schweiz eine grosse Bedeutung», anerkennt der Bundesrat. Und weiter: «Der Berufs-Teil der Parteien, und damit deren Finanzbedarf, sind bedeutend kleiner als bei Parteien in anderen Ländern. Aus diesen Gründen gehen Finanzierungsregelungen in vielen Ländern mit einer staatlichen Parteienfinanzierung einher, welche in der Schweiz keine Tradition hat.

Schade, dass der langjährige Basler FDP-Bundespolitiker und «National-Zeitung»-Inlandchef Eugen Dietschi (gest. 1986; im Parlament 1941–1967), der in beiden Kammern sass und den Nationalrat 1958/59 präsidierte, zu diesem Thema nicht mehr gehört werden kann. Er pflegte jeweils an Parteitag und Delegiertenversammlungen vor Volksabstimmungen noch persönlich «Nötli» bei Freunden und Bekannten einzusammeln, um den Parteigeneralsekretär Hans Rudolf Leuenberger für Abstimmungskämpfe aufzumunitionieren – ganz ohne Bewilligung aus Europa. Respekt! Dietschi wäre auch der richtige Mann gewesen, um den Baselbieter Jungsozialisten ein paar hieb- und stichfeste Gegenargumente zu ihrer Transparenz-Initiative zu liefern, die am 9. Juni 2013 zur Abstimmung gelangt. Das kantonale Volksbegehren verlangt «mehr Klarheit über die Art der Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskomitees». Der Kanton müsste dafür ein öffentliches Spendenregister führen, in dem alle Spenden von Privatpersonen ab 5000 Franken und von Firmen ab 1000 Franken unter Strafandrohung aufgeführt würden. Andernfalls würden der Partei und deren Fraktion sämtliche öffentlichen Gelder für die folgende Legislaturperiode gestrichen. Das wäre dann wohl das ultimative Signal zum Spendensammeln auf «Teufel komm raus».

Der Autor gibt seine eigene Meinung wieder. Diese muss sich nicht mit jener der Wirtschaftskammer decken.